

August 2000

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Jährlicher Gedenktag in Auschwitz für Sinti und Roma Zentralratsvorsitzender Rose erinnert an mehrfach gefordertes Gesetz gegen rechte Gewalt

In seiner Ansprache bei dem jährlichen Gedenktag am 2. August 2000 in Auschwitz-Birkenau zur Erinnerung an die Holocaust-Opfer der Sinti und Roma forderte der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag gesetzliche Schritte gegen rechtsextreme Gewalttäter. Rose erinnerte daran, dass er bereits im März 1999 gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diese Forderung an Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin gerichtet habe. Erst in einem Gespräch im April dieses Jahres habe die Ministerin eine "Prüfung" zugesagt. Um die fortgesetzten Angriffe auf Menschen anderer Hautfarbe und Minderheitenzugehörigkeit wirksam zu verhindern, müsse im Strafgesetzbuch der besondere Tatbestand der "rassistisch motivierten Gewalttätigkeit durch einzelne und Gruppen" aufgenommen werden, sagte Rose auch unter Hinweis auf die größtenteils jüdischen Opfer des Splitterbombenanschlags letzte Woche in Düsseldorf und die jüngsten Hetzjagden und Morde.

Am 2. August 1944 ermordete die SS in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau 3000 Sinti und Roma - Kinder, ihre Mütter und Alte. Sie waren die letzten der 23000 Sinti und Roma, die aufgrund Himmlers "Auschwitz-Erlass" vom 16. Dezember 1942 familienweise aus elf Ländern Europas in das Vernichtungslager deportiert worden waren. Im nationalsozialistisch besetzten Europa wurden 500 000 Roma und Sinti Opfer des Holocaust. "Auschwitz wurde zum Mittelpunkt einer mörderischen Ausrottungspolitik, welche die vollständige Vernichtung der Sinti und Roma ebenso wie der Juden zum Ziel hatte", sagte Rose.